

17. Januar 2018

Motion

von Katharina Prelicz-Huber (Grüne)
und Markus Baumann (GLP)

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, welche die städtische Stipendienverordnung folgendermassen revidiert:

Art. 1, 2. Absatz:

Der Artikel ist dahingehend anzupassen, dass städtische Beiträge gezielt Personen zugute kommen sollen, die aufgrund ihrer finanziellen Situation auf Hilfe bei der Aus-, Nachhol- und Weiterbildungsfinanzierung sowie unter anderem im Zusammenhang mit der fortschreitenden Digitalisierung im Arbeitsmarkt auf Fortbildung, die nicht durch den Arbeitgeber gefördert werden, angewiesen sind.

Art. 9 Beitragshöchstgrenzen

Der Artikel ist dahingehend anzupassen, dass die Beitragshöchstgrenzen erhöht und in Zusammenhang mit der Existenzsicherung gesetzt werden. Ziel muss sein, dass mit Hilfe der Stipendien eine Aus-, Nachhol-, Fort- oder Weiterbildung absolviert werden kann, ohne die eigene Existenzsicherung oder die der Familie zu verlieren.

Begründung:

Wer noch keinen qualifizierten Berufsabschluss vorzuweisen oder eine Lehre absolviert hat oder über einen nicht-anerkannten Abschluss verfügt und sich später im Erwachsenenalter entscheidet, sich weiter qualifizieren zu wollen, scheitert oft an den Kosten, gerade wenn eine Familie da ist. Aus-, Fort- und Weiterbildungen sowie die Nachholbildung kosten teilweise viel Geld. Neben den Studiengebühren oder Weiterbildungs- bzw. Kurskosten betrifft es vor allem auch den Erwerbsausfall. Eine qualifizierte Weiterbildung verlangt vielfach die Reduktion der Erwerbsarbeit und generiert damit ein grosses Loch im Haushaltsbudget. Nicht alle haben die nötigen finanziellen Mittel auf der Seite. Arbeitnehmende mit tiefen und mittleren Löhnen können oft nur knapp die (Familien-)Existenz sichern und geben dann ihre Weiterbildungspläne auf. Das zeigt auch eine entsprechende Nationalfonds-Studie: Diejenigen, die bereits eine gute Bildung verbunden mit einem guten Job haben, besuchen deutlich häufiger weitere Qualifizierungsmodule als Menschen mit geringerer Bildung.

Die heutige Stipendien-Maximalbeiträge reichen leider oft nicht zur Existenzsicherung, vor allem wenn das Arbeitspensum reduziert und/oder eine Familie ernährt werden muss.

Es darf aber nicht sein, dass aus finanziellen Gründen eine Berufsausbildung oder weitere Qualifizierung verhindert wird. Das widerspricht der Chancengleichheit, schadet der Wirtschaft und verhindert zusätzliche Fachpersonen.

